

Es ist Wahlkampf – doch ein technischer Defekt nimmt den Reden die Schärfe

Tonstörung im Kreistag



Mikrofon defekt: Nur bruchstückhaft waren die Abgeordneten zu Beginn der Sitzung zu verstehen. Foto: Veit

Von Lothar Veit

Landkreis. Die Kreistagsabgeordneten konnten einem schon leid tun. Immer wieder fiel das Mikrofon aus, als sie zu ihren wohlüberlegten Attacken gegen den politischen Gegner ausholen wollten. Und das in Wahlkampfzeiten! Anfangs betätigte eine Landkreis-Mitarbeiterin bei jedem Tonausfall ein Schalter, so dass die Reden langsam wieder aus den Lautsprechern quollen. SPD-Fraktionschef Klaus Bruer wählte gar Zensur der Sitzungsleitung hinter den Pannen. Er verhedderte sich ein ums andere Mal im Text, weil ihm nicht nur die Technik einen Streich spielte, sondern er auch noch auf jeden einzelnen Zwischenruf eingehen wollte. Viele hatten sich eine friedliche, adventliche Sitzung gewünscht, wohl wissend, dass die Debatte über Haushalt und Stellenplan und der dräuende Wahlkampf reichlich Stoff für Unfrieden boten. Durch die Willkür der Lautsprecheranlage zog am Montag zumindest ein wenig unfreiwillige Komik in diese letzte Sitzung vor dem Jahreswechsel ein. Um 16 Uhr hatte der Kreistag begonnen, gegen 17.15 Uhr hatte ein Notdienst den Schaden behoben und um 18.07 Uhr hörte Dr. Bernhard Evers (CDU) Stimmen. Offenbar hatte sich ein Funker in den Lautsprecher des Großen Sitzungssaales verirrt.

Die erwartete strittigen Punkte gab es in der Diskussion um eine Beteiligung der Städte und Gemeinden an der zuletzt verbesserten Finanzsituation des Landkreises (siehe auch Kasten). Wie berichtet, hatte Landrat Reiner Wegner die Einrichtung eines Strukturfonds mit einem Volumen

von 1,5 Millionen Euro für finanzschwache Kommunen vorgeschlagen, dieser wurde mit der rot-grünen Mehrheit auch beschlossen. CDU und FDP hatten dagegen dafür plädiert, die Kreisumlage um einen Prozentpunkt zu senken, was rund 2,4 Millionen Euro kosten würde. Die Kreisumlage sei im Gegensatz zu einem Fonds das gesetzlich vorgesehene Instrument, argumentierte der CDU-

Finanzexperte Dr. Bernhard Evers. Ein Ausgleich über die Umlage sei zudem gerechter: „Der Fonds birgt dagegen ein hohes Streitpotential und macht viel Arbeit“, so Evers.

Landrat Reiner Wegner vertröstete CDU und FDP auf die Verhandlungen mit den Kommunen über die Kindergartenverträge (ab Frühjahr): „Dann werden wir sehen, wer bislang besergestellt war, und es anpassen.“

KURZ NOTIERT

■ **Verwaltungsstruktur:** Den von CDU und FDP geforderten zweiten Kreisrat wird es nicht geben. SPD und Grüne setzten durch, dass es bei vier Dezernenten bleibt.

■ **Investitionen:** Die Verwaltung soll alle Ausschüsse regelmäßig über den Finanzbedarf der zwingend notwendigen Investitionen unterrichten. Diesem Antrag von Josef Stuke (Bündnis) wurde einstimmig zugestimmt. Hintergrund: Im Haushalt sind zum Teil Beträge enthalten, die nicht in diesem Jahr ausgegeben werden. Beispiel IGS Bad Salzdettfurth: Dort gibt es eine Kreditermächtigung über 3,9 Millionen Euro – es wurden aber Baukosten für die Oberstufe eingerechnet, über die der Kreistag noch gar nicht entschieden hat. Differenz: 1,4 Millionen Euro.

■ **Pflegekosten:** Die Verwaltungspraxis der Kostenübernahme für Pflegeheimplätze für Sozialhilfempfangener bleibt im Grundsatz wie bisher. CDU/FDP hatten generell eine Erstattung für Einzelzimmer und den Verzicht auf einen Kostenver-

gleich zwischen den Pflegeheimen gefordert. Der Landrat entgegnete, die Verwaltungspraxis stehe – außer in zwei Einzelfällen – nicht in der Kritik und werde deshalb beibehalten. Fachdienstleiterin Margret Schmidt hält den CDU/FDP-Antrag sogar für rechtswidrig.

■ **Kreisumlage:** Auch mit ihrem Antrag auf Senkung der Kreisumlage scheiterte Schwarz-Gelb. Stattdessen wird es einen Strukturfonds für finanzschwache Gemeinden geben. Volumen: 1,5 Millionen Euro. Dafür müssen allerdings noch Vergabekriterien erarbeitet werden. Über die Vergabe soll ausschließlich der Kreistag entscheiden.

■ **Mensen:** Ab 2014 soll Mensapersonal in Ganztagschulen mit jährlich 240.000 Euro bezuschusst werden. 2013 werden einmalig 50.000 Euro für Beratung und Konzeptentwicklung bereitgestellt.

■ **Energieagentur:** Als Anschubfinanzierung zur Gründung einer Energieagentur im Landkreis Hildesheim werden 50.000 Euro im Haushalt bereitgestellt.

CDU-Landtagskandidat

Reaktionen auf den Rücktritt

(lv) Landkreis. Die Piraten waren die ersten, die sich nach dem Rücktritt des Giesener CDU-Landtagskandidaten Jens Heinemann (siehe Seite 2) zu Wort gemeldet haben. Die politische Konkurrenz befürwortet erwartungsgemäß diesen Schritt. „Es ist unangemessen, dass eine Volkspartei wie die CDU einen Kandidaten, der nachweislich gelogen hat, weiterhin unterstützt. Wir sind erleichtert, dass Herr Heinemann nun selbst die Konsequenzen zieht“, sagt die Kreisvorsitzende Felicitas Steinhoff. „Das hätte allerdings schon vor drei Wochen geschehen sollen.“ Gegen Jens Heinemann tritt im Wahlkreis 22 Jason Peper für die Piraten an und meint: „Da Herr Heinemann immer noch auf dem Stimmzettel steht und seine Ankündigung, die Wahl nicht anzunehmen, auch nicht verbindlich ist, bleiben wir gespannt, wie die Geschichte weitergeht, und vor allem, wie sich die CDU dazu äußert.“

Der Landtagskandidat der Grünen, Lars Hampel (ebenfalls Wahlkreis 22), sagt: „Nachdem Jens Heinemann erneut falsche Angaben gemacht hat, ist sein Rückzug nur folgerichtig.“ Der Grüne hält es für wichtig, dass der Wahlkreis 22 durch einen Direktkandidaten im Landtag vertreten ist und dort eine Stimme hat. Sollte Heinemann trotz des Rückzugs gewählt werden und die Wahl nicht annehmen, wäre dies nicht der Fall. Dies müssten die Wähler wissen, damit sie ihre Erststimmen „nicht unbeabsichtigt“ verschenken.

Auch das Bündnis, das ansonsten mit der Landtagswahl nichts zu tun hat, äußert sich zum Fall Heinemann. „Das Richtige zur falschen Zeit ist auch falsch“, sagt der Vorsitzende Henning Dreyer. Der CDU-Kreisvorstand hätte früher handeln sollen. „Herr Heinemann muss nun mit dem Vorwurf leben, die Wählerinnen und Wähler am 20. Januar um eine demokratische Alternative betrogen und seiner Partei großen Schaden zugefügt zu haben“, so Dreyer.

Die Linke informiert

Bad Salzdettfurth. Die Partei Die Linke lädt für Mittwoch, 19. Dezember, zu einer Wahlinformationsveranstaltung ein. Sie findet von 16 bis 20 Uhr im Casa Nova in Bad Salzdettfurth, Unterstraße 87, statt. Als Gäste nehmen die Erzieherin Gülten Kelloglu (Listenplatz 3), der Sozialpädagoge und sozialpolitische Sprecher der Landtagsfraktion Patrick Humke (Listenplatz 6) und der Politikwissenschaftler Patrick Johann Hoppe (Landtagskandidat im Wahlkreis Sarstedt/Bad Salzdettfurth) teil.

Grüne zur Agrarwende

Hoheneggelsen. „Grüne Konzepte für die Agrarwende – ein Gewinn für den ländlichen Raum“ lautet der Titel einer Diskussion mit dem Grünen-Agrarexperten Christian Meyer am Mittwoch, 19. Dezember, ab 19.30 Uhr im Klein Berliner Hof in Hoheneggelsen, Hauptstraße 40. Zusammen mit dem Landtagskandidaten Lars Hampel des Wahlkreises Sarstedt/Bad Salzdettfurth wird Meyer die Vorstellungen der Grünen für eine Agrarwende erläutern.

DSL-Umfrage: Frist verlängert

Elze. Der Telefonanbieter Htp verlängert die Abgabefrist für die DSL-Umfrage in Esbeck, Mehle und Sehlde um eine Woche. Noch bis zum 20. Dezember können die Haushalte in den drei Elzer Ortsteilen ihr Interesse an Anschlüssen mit hohen Bandbreiten mitteilen. Bisher liegen 390 Rückmeldungen vor, 400 sind laut Htp mindestens notwendig.

Betrugsprozess vor dem Landgericht: 267 Fälle

ZAH-Mitarbeiter kassierte auch in bar

(lv) Landkreis. Vor dem Landgericht Hildesheim hat am Montag der Prozess gegen einen ehemaligen Mitarbeiter des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Hildesheim (ZAH) begonnen, der seinen früheren Arbeitgeber um mindestens 130.000 Euro geschädigt haben soll. Dem heute 56-Jährigen wird vorgeworfen, von März 2006 bis Juni 2009 Gebührenbescheide für Containerdienste manipuliert zu haben – unter anderem mit der Testversion eines Abrechnungsprogramms, das sich auf seinem Computer nicht mehr hätte befinden dürfen. Zum Teil stellte er unter falschem Namen Quittungen mit ZAH-Stempel aus. Neben gewerbsmäßiger Untreue in insgesamt 267 Fällen wird dem Mann deshalb in wenigen Fällen auch Urkundenfälschung vorgeworfen.

Die Verhandlung begann mit dem Versuch einer Verständigung über das Strafmaß. „Bei der Aktenlage kommen locker mehr als vier Jahre zusammen“, sagte die Vorsitzende Richterin Barbara Loewenthal. Der Verteidiger des Angeklagten, Heinz Herbote, hatte dagegen schon vorab um Prüfung gebeten, ob nicht auch eine Bewährungsstrafe in Betracht komme – diese ist jedoch nur bei einer Verurteilung von bis zu zwei Jahren möglich. Sein Mandant sei in diesem Fall zu einem vollen Geständnis bereit, allerdings nur für 211 der 267 Taten. Für die Richterin war die Bitte nicht so abwegig, wie sie klingt. Denn es gelte abzuwägen, ob der Angeklagte ins Gefängnis gehe – dann

würde der ZAH niemals sein Geld wiedersehen – oder ob der Mann mit einer Bewährungsstrafe die Chance erhalte, den Schaden zu begleichen. Erstaunlicherweise hatte der Mann nach Bekanntwerden des ZAH-Betrugs eine Anstellung bei der Stadt Springe als Vollstreckungsbeamter gefunden, eine Position also, in der er mit Geld zu tun hat. Noch habe er das Vertrauen seines Arbeitgebers, doch ihm sei bedeutet worden, dass er seinen Arbeitsplatz verliere, wenn er eine Haftstrafe antreten müsse, sagte der Angeklagte. Der Staatsanwalt machte diesen Überlegungen schließlich dann doch ein Ende. Unter anderem wegen des langen Tatzeitraums halte er eine Bewährungsstrafe „für nicht vertretbar“.

Der gelernte Verwaltungsangestellte hatte 1994 beim ZAH angefangen und war dort in verschiedenen Positionen tätig, zuletzt in der Gebührenabteilung. Seine Schulden brachten ihn schließlich dazu, Abrechnungen zu fälschen. Er war dafür allein verantwortlich, wurde nicht kontrolliert. Er vergab Kundenrabatte, ließ sich Gebühren auf Privatkonten überweisen und kassierte auch schon mal in bar. Erst 2009 passierte dann, was, so der Angeklagte, „vielleicht schon vorher hätte passieren müssen“: Er flog auf. Der ehemalige ZAH-Geschäftsführer Matthias Göttfert, der am Donnerstag als Zeuge geladen war, zeigte sich betroffen von dem Ausmaß des Betruges. Ab Januar will das Gericht alle Einzelfälle unter die Lupe nehmen.

Kommunen investieren in Diekholzen 1,16 Millionen

Neue Feuerwache nimmt Form an



Im März 2013 soll die neue Feuerwache fertig sein. Foto: Peisker

(lv) Diekholzen. Am Ortsausgang Diekholzen in Richtung Söhre entsteht derzeit ein neues Feuerwehrhaus. Am Donnerstag wurde Richtfest gefeiert, im März 2013 soll es fertig sein. Errichtet wird das Gebäude von der Gesellschaft für kommunale Immobilien Hildesheim (GKI), ein Zusammenschluss der Städte Bad Salzdettfurth, Elze und Sarstedt sowie der Gemeinden Diekholzen und Giesen. Die Kreiswohnbau führt die Geschäfte dieser Gesellschaft, Prokurist ist Kreiswohnbau-Geschäftsführer Matthias Kaufmann.

Drei Dinge sollen die neue Feuerwache für rund 1,16 Millionen Euro auszeichnen, so Kaufmann: Sie liegt verkehrsmäßig günstig am Ortsrand. Sie ist energetisch auf dem neuesten Stand und erzeugt ihren Heizbedarf über eine Wärmepumpe. Sie bietet dem ehrenamtlichen Engagement ein langfristiges Zuhause. Kaufmann dankte dem Gemeindebrandmeister Thomas Ohlendorf und dem stellvertretenden Ortsbrandmeister Marc Röper, die ihre Wünsche klar geäußert hätten, sowie den am Bau beteiligten Firmen und Institutionen.

LESERBRIEF

Leserbrief zum Leserbrief von Siegfried Schramm in der Ausgabe vom 9. Dezember:

Die CDU sieht ihre Felle davon schwimmen. Der Ton wird rauer. Wenn jemand sagt, er wolle nur noch mit der Zweitstimme CDU wählen, wird er angegiftet. Wenn jemand eine Lüge eine Lüge nennt, wird ihm „Schweinejournalismus“ vorgeworfen. Das ist ein starkes Stück. Und das gegenüber dem KEHRWIEDER, der alle Sonntage wieder lesenswert ist.

Nein, es sollen nicht alle zurücktreten, die einen „Fehler“ gemacht haben. Aber man braucht so einen doch gar nicht erst zu wählen, wenn die Auswahl so groß ist. Genau das

überlegen sich jetzt einige Wählerinnen und Wähler.

Obendrein geht es bei der Landtagswahl um eine Richtungsentscheidung. Wenn auch der zukünftige Ministerpräsident bislang noch farblos erscheint, inhaltlich steht fest: Es wird, unter anderem wegen der verfehlten Bildungspolitik, ein kleines bisschen nach links gehen. Da gewinnt jeder von der SPD direkt gewonnene Sitz an Bedeutung. Deshalb geht der CDU, man entschuldige mir den Ausdruck, der Arsch auf Grundeis. Man hat inhaltlich nichts zu bieten, deshalb pöbelt man rum. Zum Glück nur noch bis zum 20. Januar 2013.

Gerhard Roth, Giften

Trelle dankt Unterstützerkreis der Familie / Im Kreistag nur indirekt Thema

Kirchenvertreter froh über Rückkehr von Gazale Salame

(lv) Landkreis. Der Hildesheimer Bischof Norbert Trelle ist erfreut über die Rückkehr von Gazale Salame und der beiden Kinder nach Deutschland. Trelle hatte sich mehrfach für die Zusammenführung der Familie eingesetzt. „Mit vielen Menschen in Hildesheim freue ich mich sehr, dass Gazale Salame nun zurückkehren kann und die Familie wieder vereint ist“, zeigt sich der Bischof glücklich über die Nachricht. Alle im Niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien hatten sich am vergangenen Freitag einstimmig darauf geeinigt (der KEHRWIEDER berichtete).

Gazale Salame hat die letzten Jahre im türkischen Izmir verbracht. Seit langem kämpfen Unterstützer für ihre Rückkehr. Trelle hatte dazu gesagt, er könne nicht verstehen, warum es nicht zu einer humanitären Lösung komme. „Verantwortliche Politiker müssten bei allen Schwierigkeiten, die solche Fälle mit sich bringen, auch über ihren Schatten springen können.“ Der Bischof lobt den Einsatz der vielen Fürsprecher, der nun zum Erfolg führte: „Allen, die sich über Jahre hinweg mit großem Engagement für Frau Salame eingesetzt haben, danke ich herzlich.“ Im Land-

tag hatte sich auch der CDU-Innenpolitiker Fritz Güntzler ausdrücklich für die „jahrelange Arbeit“ des Unterstützerkreises bedankt. Sein Parteifreund Innenminister Uwe Schünemann, der in dem Fall bis zuletzt hart geblieben war, musste seine „Niederlage“ nicht kommentieren. Während der Landtagsitzung nahm er an der Innenministerkonferenz in Warnemünde teil.

Auch der Hildesheimer evangelische Superintendent Helmut ABmann begrüßte die Wende im Fall Gazale Salame: „Wir vom Unterstützerkreis freuen uns alle sehr, dass dieser furchtbare Zustand, diese humanitäre Ungeheuerlichkeit ein Ende hat“, sagte er dem Evangelischen Pressedienst. Er wies allerdings darauf hin, dass Kinder und Eltern für die fast achtjährige Trennung einen hohen Preis zu zahlen hätten. „Sie müssen sich hier komplett neue Lebensverhältnisse aufbauen.“

Im Hildesheimer Kreistag kam das Thema nur indirekt vor – bei der Debatte über die künftige Führungsstruktur im Kreishaus. Wie berichtet, empört sich die Gruppe CDU/FDP darüber, dass die Grünen sich von der SPD ein Vorschlagsrecht für die Wie-

derbesetzung des Dezernenten für Sicherheit und Ordnung zusichern lassen haben. Der derzeitige Stelleninhaber Manfred Hartmann geht voraussichtlich nächstes Jahr in den Ruhestand. Es sei ein starkes Stück, dass dem Dezernenten Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen würden, sagte CDU-Fraktionschef Christian Berndt. Von Landrat Reiner Wegner hätte er erwartet, „dass Sie nicht den armen Dezernenten im Regen stehen lassen, wenn er nach Recht und Gesetz handelt“. In die gleiche Kerbe schlug auch der CDU-Abgeordnete Reimund Kaune: „Ich stelle mich ausdrücklich hinter Herrn Hartmann, Sie können ihn nicht so ins Abseits stellen. Das finde ich erbärmlich!“ Grünen-Fraktionschef Holger Schröter-Mallohn hielt dagegen: „Wir wollen Einfluss auf die Inhalte der Verwaltungspraxis haben, das ist kein Geheimnis.“ Ein Fall wie der von Gazale Salame müsse der Vergangenheit angehören. An der Spitze des Dezernats für Sicherheit und Ordnung wünschen sich die Grünen „einen Menschen, der für eine humane Asylrechtspraxis steht und keine Familien auseinanderreißt“, so Schröter-Mallohn.